Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Ukraine
2. Orwell 2.0
3. Casinokapitalismus
4. Betriebliche Altersversorgung: Kapitaldeckung enttäuscht
5. BMW: Mitarbeiter dritter Klasse
6. »Abwertendes Menschenbild«
7. Entgeltungleichheit
8. Prekäre Beschäftigung von Frauen führt zu Altersarmut
9. Uncle Sam und die CS-Filiale am Zürcher Flughafen
10. Gesetz gegen Homosexualität in Uganda
11. Werbematerial untergejubelt
12. Rezension: “Soziale Ungleichheit, Bildung und Habitus” – ein Buch über die ganz normale Ausgrenzungspraxis deutscher Schulverhältnisse

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Ukraine**
   a. **Putsch in Kiew: Welche Rolle spielen die Faschisten?**
   Monatelang haben Hunderttausende auf dem Kiewer Maidan protestiert – für eine demokratische Ukraine. Doch von Anfang an spielten dort auch rechtsextreme Kräfte wie die ultranationalistische Partei “Swoboda” eine wichtige Rolle.
   Quelle: NDR Panorama

   dazu: **Das Programm der Allukrainischen Vereinigung „Svoboda“ – „Programm zum Schutz der Ukrainer“**
   Wir dokumentieren dieses Programm dieser rechtsnationalistischen Vereinigung, die nicht nur mehrere Minister der „Übergangsregierung“, einen Vizepremier und den Generalstaatsanwalt stellt, sondern auch die neuen Verwaltungschefs von sechs Gebieten in der Westukraine.

„Diese Partei, die sich bei ihrer Gründung noch Sozial-Nationale Partei der Ukraine nannte, unterhält freundschaftliche Beziehungen zur NPD. Im Mai 2013 war eine dreiköpfige Swoboda-Delegation bei der Fraktion der Rechtsextremisten im Dresdner Landtag zu Besuch.
Die Begeisterung der NPD für Swoboda ist erklärbar. Denn die Partei definiert die Nation als "Gemeinschaft, die durch Blut und Geist verbunden ist", und rühmt den Kampf ukrainischer Kollaborateure an der Seite der Hitlertruppen.
Die Waffen-SS-Division "Galizien", rekrutiert aus westukrainischen Nationalisten, habe, so Swoboda, doch "nur an der Front gegen die Bolschewiken gekämpft".
Quelle: SPON

Unser Leser hat die Stellen im Text gefettet [PDF – 165 KB], die nicht nur Putin Sorge machen, sondern vor allem auch westlichen Politikern Angst machen müssten.

b. **The Ukraine crisis through the whimsy of international law**
Listening to U.S. President Barack Obama bang on this week about the importance of world opinion and obeying international law and respecting sovereignty and being on the right side of history, you had to wonder whether he didn't have a little voice in his head whispering: "Really? Seriously? I'm actually saying this stuff?"
This is the commander-in-chief of a military that operates a prison camp on Cuban soil, against the explicit wishes of the Cuban government, and which regularly fires drone missiles into other countries, often killing innocent bystanders.
He is a president who ordered that CIA torturers would go unprosecuted, and leads a nation that has invaded other countries whenever it wished, regardless of what the rest of the world might think.
Disclaimer here: Vladimir Putin's proclaimed justification for invading Ukraine — protecting Russian-speaking "compatriots" in that country from some imagined violence — stinks of tribalism.
His rationale is essentially ethnic nationalism, something responsible for so much of the evil done throughout human history.
Stated motivation aside, though, what Putin is doing is really no different from what other world powers do: protecting what they regard as national self-interest.
And so far, he's done it without bloodletting.
Quelle: CBC

c. **“Klitschko wird nicht Präsident”**
Was passiert auf der Krim? Und warum hat Timoschenko bei der Wahl bessere Chancen als Klitschko? Der Politologe Alexander Rahr erklärt bei “Jung & Naiv” den Umsturz in der Ukraine.
Der Schauplatz des Umbruchs in der Ukraine hat sich verlagert – vom Maidan in Kiew auf die Krim. Seit Tagen beherrscht die Krim-Krise die Nachrichten. Doch worum geht es bei dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine eigentlich? Und welche Rollen spielen die Präsidentschaftskandidaten Julia Timoschenko und Vitali Klitschko dabei? Tilo Jung sprach für “Jung & Naiv” mit Alexander Rahr (hier können Sie das Videointerview sehen). Der Politikberater hat lange bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) gearbeitet, ist jetzt Forschungsdirektor des deutsch-russischen Forums und berät den Präsidenten der deutsch-russischen Auslandshandelskammer.
Rahr hat russische Wurzeln, ist zweisprachig aufgewachsen und tritt für einen vernünftigen Umgang zwischen Russland und Europa ein – allein schon aus wirtschaftlichen Gründen. “Nach dem chinesischen Markt ist Russland der zweitgrößte.” Er schrieb mehrere Bücher über Wladimir Putin und sorgte im vergangenen Jahr zusammen mit Hans-Dietrich Genscher für die Amnestie des Kremlkritikers Michail Chodorkowski.
Quelle: Stern

d. **Kalte-Kriegs-Logik durchbrechen**
Die Entscheidung des Krimparlaments sich umgehend der russischen Föderation anzuschließen ist zweifellos ein Bruch der ukrainischen Verfassung und wahrscheinlich auch des Völkerrechts. Sie ist eine weitere Stufe in der Eskalationsdynamik in Richtung eines neuen kalten Krieges, der regional auch schnell in einen heißen Krieg umschlagen kann.
Die treibende Kraft hinter dieser Eskalationsdynamik und der damit einhergehenden Erosion des ukrainischen und internationalen Rechts ist jedoch nicht Russland, sondern schon seit Monaten EU und USA: Schon Wochen vor der anvisierten Unterzeichnung des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens warnte die russische Seite, dass die die Art und Weise der Konstruktion dieses Abkommens sowie der Zusatzbedingungen als bedrohlich für Russland angesehen würde, weil sie die Ukraine nicht als Brücke zwischen EU und Russland halten, sondern in Stellung gegen Russland bringen würde. Russland würde entsprechend „reagieren“, wie es der russische Botschafter auf einem Symposium Anfang November 2013 in Berlin zum Ausdruck brachte.
Der Entscheidung von Janukowitsch im November, auf russischen Druck die Unterzeichnung des Abkommens zu suspendieren, folgten zwei parallele

Prozesse, die sich in der Maidan-Bewegung gegenseitig verstärkten: Einerseits brach sich in den Demonstrationen die jahrelang aufgestaute Unzufriedenheit mit dem in der Ukraine extrem ausgeprägten und geopolitisch oszillierenden Oligarchensystem – der Selbstbereicherung und politischen Einflussnahme durch einige hundert Familien – Bahn. Andererseits wurde diese Bewegung von Anfang an massiv geopolitisch überlagert und organisatorisch und ideologisch von rechtsextremen und zum Teil äußerst gewaltsam vorgehenden Kräften wie der Partei Swoboda und dem rechten Sektor dominiert.
Quelle: Andrej Hunko (MdB – Die Linke) [PDF – 25 KB]

2. **Orwell 2.0**
   a. **Die EU will wissen, wer im Internet lügt**
   Die Europäische Union will wissen, welche Informationen im Internet wahr und welche falsch sind. Dazu finanziert sie das Forschungsprojekt "Pheme": Wissenschaftler verschiedener EU-Länder arbeiten an einer Software, die in Echtzeit öffentliche Quellen auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüfen soll. Soziale Netzwerke seien bislang dazu genutzt worden, falsche Anschuldigungen zu verbreiten, heißt es in der Projektbeschreibung. Als Beispiel werden die Meldungen über Wahlbetrug in Kenia oder die Behauptungen, Barack Obama wäre ein Muslim, genannt. Auch die Anwender hinter den Informationen sollen analysiert werden: "Die Software wird Quellen automatisch in Kategorien einteilen". So soll sie Internetnutzer in Kategorien wie Journalisten, potentielle Augenzeugen, Experten, Personen des öffentlichen Lebens oder Bots einteilen. Die Software soll die Verbreitung von Informationen rückverfolgen und selbst entscheiden können, ob eine Information wahr oder falsch ist.
   Quelle: heute.de

   Anmerkung unseres Lesers E.W.: *Eine weitere Möglichkeit der Manipulation bzw. Überwachung im Netz durch Staat und Wirtschaft… Alles für einen guten Zweck natürlich!*

   b. **CIA-Spitzel im US-Senat**
   Der US-Geheimdienst CIA soll Computer des US-Senats ausgespäht haben, um an brisante Informationen über Folter und Verschleppung von Terrorverdächtigen zu kommen. Die Vorsitzende des Geheimdienstausschusses, Dianne Feinstein, bestätigt eine interne Untersuchung bei der CIA.
   Bestätigt sich der Verdacht, könnte die CIA gegen Gesetze verstoßen haben, die dem Dienst das Ausspähen des parlamentarischen Kontrollgremiums untersagen. Konkret geht es um einen 6300 Seiten umfassenden Bericht des Ausschusses, der

die CIA schwer belasten soll. Das Gutachten wurde bereits Ende 2012 fertiggestellt, aber bislang auf Druck des Geheimdienstes nicht veröffentlicht. Nach Medienberichten ist in dem Papier detailliert beschrieben, welcher Methoden sich die CIA in den Jahren nach den Anschlägen vom 11. September 2001 im sogenannten Anti-Terror-Krieg bedient hat.
Quelle: FR

3. **Casinokapitalismus**
   Quelle: Deutschlandradio [MP3]
4. **Betriebliche Altersversorgung: Kapitaldeckung enttäuscht**
   Seit gut zehn Jahren gibt es Pensionsfonds in Deutschland. Damit sollte eine besonders renditeträchtige Form betrieblicher Altersversorgung entstehen. Diese Hoffnung hat sich bislang nicht erfüllt. Ein Investment, das weniger abwirft als die Durchschnittsrendite nahezu risikoloser Staatsanleihen, lässt sich kaum als Erfolg bezeichnen. Die rund 30 Pensionsfonds in Deutschland haben nach Zahlen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht von 2006 bis 2010 im Schnitt eine Rendite von jährlich 2,75 Prozent erzielt. Dies geht aus einer Auswertung von Günter Pochmann hervor, Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes. Die Umlaufrendite für Anleihen der öffentlichen Hand betrug in diesen Jahren im Mittel 3,51 Prozent. Entsprechend schreibt Pochmann in seiner von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie: “Insgesamt muss das Ergebnis der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko der Arbeitnehmer und Arbeitgeber enttäuschen. Pensionsfonds gibt es in Deutschland seit 2002. Verglichen mit Pensions- und Unterstützungskassen oder Direktversicherungen gelten für Pensionsfonds “wesentlich liberalere Kapitalanlageregelungen”, erläutert Pochmann. Dahinter stand die Hoffnung, dass die Fonds am Aktienmarkt mehr aus dem eingesetzten Kapital machen, als mit den traditionellen Instrumenten möglich wäre. – Aus den veröffentlichen Angaben lässt sich immerhin eines ablesen: Die schwache Rendite für Arbeitnehmer ist sicher nicht damit zu erklären, dass die Pensionsfonds am Kapitalmarkt hohe Gewinne erwirtschaftet, sie aber nicht weitergereicht hätten. Im Schnitt haben die deutschen Pensionsfonds nur in einem der fünf Untersuchungsjahre eine leicht positive Eigenkapitalrendite erwirtschaftet.
   Quelle: Böckler Impuls
5. **BMW: Mitarbeiter dritter Klasse**
   Der bayerische Autobauer schafft es nicht, wie angekündigt die Zahl seiner Leiharbeiter zu senken. Noch dazu setzt der Konzern immer mehr auf Werkverträge. 2012 hatte sich BMW verpflichtet, die Leiharbeiterquote von damals rund 15 Prozent bis 2015 an den deutschen Standorten deutlich zu reduzieren. Doch wie die taz berichtete (18. 2.), tut sich BMW damit bislang schwer. Allein an den vier größten

BMW-Standorten, München, Dingolfing, Leipzig und Regensburg (samt Wackersdorf), sind örtlichen Arbeitnehmervertretern zufolge derzeit insgesamt etwa 15.000 Leiharbeiter beschäftigt. Noch im Herbst 2012 hatte die IG Metall die Zahl der bundesweit tätigen BMW-Leiharbeiter mit 11.000 bis 12.000 angegeben. Wenn es um Werkvertragler geht, nennt der Fahrzeugbauer keine Zahlen. Doch allein bei BMW Leipzig soll es 1.500 bis 2.000 von ihnen geben. Während ein BMW-Bandarbeiter dort 14 Euro plus Zulagen in der Stunde verdient, bekommen manche Dauerbeschäftigte von Fremdfirmen angeblich weniger als 8 Euro brutto. Das sagte der örtliche Betriebsratschef Ende November. Auch aus Regensburg gab es solche Berichte. Mit Leiharbeit und Werkverträgen spart BMW viel Geld – zulasten der Beschäftigten.
Quelle: taz

6. **»Abwertendes Menschenbild«**
   Seit Inkrafttreten der Agenda 2010 stehen Erwerbslose unter Dauerbeschuß. Politiker und Medien stellten sie immer wieder als »dreiste Kostgänger in der sozialen Hängematte« dar. Bereits 2001 setzte Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) mit seiner Parole »Es gibt kein Recht auf Faulheit« den Ton in der Debatte. Fünf Jahre darauf forderte sein Parteigenosse Franz Müntefering, daß nicht essen solle, wer nicht arbeite. Exaußenminister Guido Westerwelle (FDP) bezeichnete Hartz-IV-Bezieher 2010 als »spätrömisch dekadent«. Bild titelte immer wieder mit Schlagworten wie »Schnorrer«, »Jobverweigerer« oder »Betrüger«, die den Sozialstaat plünderten. Daß sich die Hetze in vielen Köpfen festgesetzt hat, zeigte Ende 2012 eine Umfrage der Bundesagentur für Arbeit: Mehr als die Hälfte hielt Erwerbslose für »träge und faul«. Studien belegten indes stets das Gegenteil. Auch Psychologen der Ruhr-Universität Bochum haben jetzt mit dem Jobcenter Kaufbeuren vergeblich nach faulen Hartz-IV-Beziehern gefahndet, wie der Informationsdienst Wissenschaft (IDW) in dieser Woche mitteilte.
   Für die psychologische Analyse befragte ein Projektteam um die Psychologen Philip Frieg und Rebekka Schulz sowie Alexander Weisel vom Jobcenter Kaufbeuren 133 Arbeitssuchende und 274 Sachbearbeiter der Behörde in der bayrischen Kleinstadt. Was es dabei zutage förderte, läßt sich knapp zusammenfassen: Erwerbslose sind nicht fauler als Berufstätige. Ihre soziale Anpassung weiche »nicht bedeutsam« von jener ihrer lohnabhängigen Mitbürger ab. Arbeitssuchende seien, so die Experten, »nicht generell faul, antriebsarm und unsozial«.
   Quelle: junge Welt
7. **Entgeltungleichheit**
   Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen (gemessen an den jeweiligen durchschnittlichen Brutto-Stundenverdiensten). Die Höhe des Gender Pay Gap blieb in den letzten Jahren

erstaunlich konstant. Umso dringlicher stellt sich die Frage nach möglichen Ursachen für die geringere Entlohnung von Frauen. Die nachfolgenden Abbildungen liefern Ergebnisse zu einzelnen als wichtig erachteten Einflussfaktoren.…"
Quelle: WSI GenderDatenPortal siehe dort auch die Grafikblätter

Dazu: **Verdienst von Männern und Frauen: Deutschland weist Europas größte Gehaltslücke auf**
Nirgendwo in Europa klafft der Verdienst von Männern und Frauen so weit auseinander wie in Deutschland. Das zeigt die jüngste Statistik der OECD. Daran konnten auch Initiativen wie der Weltfrauentag und der "Equal Pay Day" nichts ändern…
Die jüngste Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt, dass in keinem anderen europäischen Land der OECD die Gehaltslücke zwischen Frauen und Männern so groß ist wie in Deutschland. Hier verdienen Frauen durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 15 Prozent. Jedes Jahr rechnet das Frauennetzwerk Business and Professional Women (BPW) Germany den Tag aus, bis zu dem Frauen arbeiten müssen, um genauso viel zu verdienen, wie ihre männlichen Kollegen bis zum Ende des Vorjahres erhalten haben. In diesem Jahr fällt der "Equal Pay Day" auf den 21. März. Die durchschnittliche Deutsche arbeitet also – symbolisch betrachtet – mehr als zwei Monate ohne Bezahlung…"
Quelle: SZ

8. **Prekäre Beschäftigung von Frauen führt zu Altersarmut**
   Damit die Gleichstellung von Frauen eine Chance hat.
   Kinderbetreuung darf nicht zur Sackgasse werden. Deshalb brauchen Frauen bessere berufliche Entwicklungsperspektiven, Entgeltgleichheit und Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern.
   Das will die IG Metall gemeinsam mit den Frauen durchsetzen – in den Unternehmen und in der Gesellschaft…"
   Quelle: IG Metall-Meldung
9. **Uncle Sam und die CS-Filiale am Zürcher Flughafen**
   Die Untersuchung der Sonderkommission des Senats zeigt zum ersten Mal, wie tief die Credit Suisse ins Geschäft mit US-Kunden verstrickt war. Und wie hartnäckig sie sich gegen die Aufdeckung von Kundennamen wehrt. Der demokratische Senator Carl Levin erklärte, die Bank habe ein sehr weitreichendes Amerikageschäft betrieben, ohne dies je vollständig aufgedeckt zu haben. Wie erfinderisch die Credit Suisse vorging, erläutert die Untersuchungskommission an mehreren Beispielen. Zwischen

2006 und 2009 etwa betrieb die Bank im Flughafen Zürich eine den Steuerflüchtigen offen stehende Filiale. Sie hatte den Codenamen SIOA5 und betreute 9400 US-Kunden mit einem Vermögen von 1,1 Milliarden. Diese Aussenstelle habe den Kunden erspart, in die Stadt zu reisen und dort in einem Hotel eine Papierspur zu hinterlassen. Heikle Dokumente zu den Konten konnten am Flughafen übergeben werden, ohne dass die Kundenberater in die USA hätten reisen müssen. Die Credit Suisse betrieb das US-Geschäft zunächst in acht Abteilungen, bevor Sondereinheiten gebildet wurden. Die Tatsache, dass mehr als 1800 Berater auf die US-Kunden angesetzt wurden, widerspricht der Behauptung, wonach die Steuerflucht lediglich durch einige wenige schwarze Schafe in der Bank begünstigt wurde.
Quelle: Tages-Anzeiger

Anmerkung Orlando Pascheit: *In der Anhörung des Spitzenpersonals der Credit Suisse (Romeo Cerutti, Brady Dougan, Robert Shafir und Hans-Ulrich Meister) im amerikanischen Senat versuchte der Chef der CCS, Brady Dougan gleich zu Anfang die Situation zu entschärfen, indem er versicherte, dass der Schweizer Bankenplatz viel wettbewerbsfähiger wäre, wenn er nur versteuerte Gelder entgegennähme. Auf die Frage von Senator Ron Johnson, weshalb die Amerikaner und andere so viel Geld in die Schweiz brächten, antwortete Hans-Ulrich Meister, etwa wegen der Stabilität des Landes oder der Währung. Auf Nachfrage räumte Dougan ein, dass sie auch gekommen seien, um ihr Geld vor dem Fiskus zu verstecken. Wie sehr die CS-Spitze immer noch am Vertuschen festhält, zeigte sich hinsichtlich der CS-Filiale am Zürcher Flughafen, die Dougan damit erklärte, dass diese Filiale als Annehmlichkeit für ausländische Kunden eingerichtet worden sei, die etwa für Skiferien in der Schweiz weilten. "Wetten, dass sie dies taten", kommentierte Senator John McCain sakastisch. Der Versuch von CS-Chef Dougan die Verantwortung für den Bruch amerikanischen Rechts auf einige einzelne Banker abzuschieben, ist inzwischen vom Schweizerischen Bankpersonalverband (SBPV) scharf verurteilt worden. Vielleicht sei Dougans Aussage vor dem US-Senatsausschuss taktisch begründet gewesen und diene der Reduktion der zu erwartenden Busse. Dougan verunglimpfe aber viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nichts mit der Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu tun hätten. Dass die Banken auf Steuerhinterziehung setzten, sei allgemein bekannt und lange ihr Geschäftsmodell gewesen, schreibt der Personalverband. Der ständige Druck und die falschen Anreize hätten dazu beigetragen, dass die Mitarbeiter die von Dougan erwähnten Weisungen so verstanden, dass neue Kunden um jeden Preis her mussten. Dougan müsse sich nun öffentlich bei den nicht betroffenen Angestellten entschuldigen, verlangt der Verband. – Wenn Sie die Anhörung ganz oder in Auszügen verfolgen wollen, können Sie dies hier tun.*

10. **Gesetz gegen Homosexualität in Uganda**
    Das ostafrikanische Uganda taucht meist nur im Zusammenhang mit seinen krisengeschüttelten Nachbarländern – zuletzt der Süd-Sudan – in den deutschen Medien auf. Eines der wenigen Themen, die es dennoch geschafft haben etwas Aufmerksamkeit zu erregen, sind die kürzlich vom Parlament und dem seit 1986 regierenden Präsidenten verabschiedeten Verschärfung der aus der Kolonialzeit stammenden Gesetzgebung zur Kriminalisierung von Homosexualität. Unter dieser neuen Gesetzeslage werden nun "besonders schwere Fälle" von gleichgeschlechtlicher Sexualität mit lebenslangen Haftstrafen belegt. Dies, aber insbesondere auch die ursprünglich diskutierte Todesstrafe, hat zu scharfen internationalen Verurteilungen und zum Einfrieren von Hilfsgeldern mehrerer westlicher Regierungen geführt.
    Quelle: AussenGedanken
11. **Werbematerial untergejubelt**
    Bald wird Helmut Schorlemmer seinen Kampf aufgeben, nach 15 Jahren. Der Schulleiter aus dem nordrhein-westfälischen Unna ist ehrenamtlicher Landesbeauftragter für Schulsponsoring. Der Einzige in Deutschland. Mit Infobroschüren und Veranstaltungen sensibilisiert er Lehrer und Verbände für das Thema. Zuletzt hatte er sich vor Anfragen kaum retten können: "Sponsoring an Schulen hat in den letzten Jahren enorm zugenommen", sagt Schorlemmer. "Dabei sind gute Partnerschaften entstanden, andererseits versuchen immer wieder Anbieter, ihre Angebote zu instrumentalisieren." Mittlerweile gebe es eine Flut von ungeprüftem Lehrmaterial, das Unternehmen, Stiftungen und andere Organisationen kostenlos für den Unterricht zur Verfügung stellten. Einfallstore für Lobbyismus. Vor Kurzem hat der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) die Ergebnisse der Analyse im "Materialkompass Verbraucherbildung" veröffentlicht. "Wir haben große Unterschiede bei der Qualität festgestellt, je nachdem, von welchem Anbieter das Material kommt", sagt Tatjana Bielke vom VZBV. Während die Angebote aus öffentlicher Hand zu drei Vierteln mit "sehr gut" oder "gut" benotet wurden, wurde nur ein Drittel der Materialien aus der Wirtschaft positiv bewertet. "Oft werden Sachverhalte nicht objektiv, sondern verkürzt und einseitig dargestellt", sagt Bielke. So verschweigt etwa die Volkswagen AG in der Broschüre "Mobil im Klimaschutz" unmotorisierte Verkehrsalternativen und Tetra Pak wirbt mit der eigenen Markenfigur in Texten zum Thema Recycling. Der Gedanke dahinter: In Schulen erreichen die Unternehmen die Konsumenten von morgen. Eine Onlinestudie der Universität Augsburg ergab, dass mittlerweile etwa drei Viertel der größten deutschen Unternehmen eigenes Unterrichtsmaterial zur Verfügung stellen, insgesamt wurden im Jahr 2012 fast 900.000 Materialien frei zugänglich im Netz angeboten. Lehrer nutzen diese Angebote gerne: Sie sind aktueller und spezialisierter als Schulbücher – und meist kostenlos.

Dabei sind sich viele der möglichen Einflussnahme durch Unternehmen nicht bewusst: “Vor allem in naturwissenschaftlichen Fächern fehlt die nötige Sensibilität”, sagt Bielke. Außerdem gebe es keine einheitlichen Standards, an denen sich die Lehrkräfte orientieren könnten
Quelle: taz

12. **Rezension: “Soziale Ungleichheit, Bildung und Habitus” – ein Buch über die ganz normale Ausgrenzungspraxis deutscher Schulverhältnisse**
Die unter dem Titel “Soziale Ungleichheit, Bildung und Habitus” veröffentlichte Dissertation von Fabian van Essen fällt in eine Zeit, in der die schulische Inklusionsdebatte viele Menschen erreicht. Gleichzeitig wird jedoch der mit inklusiver Bildung untrennbar verbundene Anspruch auf Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung der Beliebigkeit preisgegeben. Bildungs- und gesellschaftspolitischer Ausdruck dieser Beliebigkeit ist das unverändert zähe Festhalten an selektiven Strukturen, die soziale Ungleichheit, Diskriminierung und Exklusion hervorbringen. Van Essens Publikation ist ein unverzichtbarer, gelungener Beitrag, diesen Tendenzen aus wissenschaftlicher Perspektive entschieden zu widersprechen. Dies geschieht mit der umfassend theoretisch und empirisch begründeten Aussage, dass das selektive, hierarchisch gegliederte Schulsystem mit dem Subsystem Förderschule nicht legitimierbar ist…
…macht van Essen in aller Schärfe sichtbar, dass die Reproduktion von sozialer Ungleichheit über die Organisation institutionalisierter Bildungsprozesse systemisch angelegt ist und als Verteidigung von Privilegien durch die privilegierten Gesellschaftsschichten verstanden werden muss…
Ausgangspunkt für den theoretischen Teil ist die materielle, soziale und kulturelle Kapitalarmut der Förderschüler, die der Autor mit Rückgriff auf vorhandene Studien überzeugend belegt. Sie erleben die Schule als Milieubruch mit den ihnen vertrauten Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsstrukturen, die ihren sozialisationsbedingten Habitus prägen. Trotz ihrer geringen Kapitalausstattung werden sie in der Schule an Normen und Habitusformen der kulturellen Mittel- und Oberschicht gemessen.
Diese Art der Gleichbehandlung macht sie zu “Bildungsverlierern” und privilegiert kapitalstarke Schüler, die den habitusbezogenen Erwartungen der Schule entsprechen…
Skepsis äußert der Autor bezogen auf die Durchsetzung “einer Schule für alle” und verweist dabei nicht nur auf konträre und konfligierende Entwicklungen in der Bildungspolitik, sondern auch auf “eine gesteigerte ´Kampfbereitschaft` um wertvolles Bildungskapital” in der Gesellschaft…
Quelle: bildungsklick